Der Herr Reichskanzler hat im vorigen Monat im Reichstag für jeden, der hören wollte, erklärt, daß wir nicht beabsichtigen, Belgien in irgendeiner Form zu behalten. Belgien soll nach dem Kriege als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, wiederstehen. Meine Herren! Der Wiederherstellung Belgiens steht nichts im Wege als der Kriegswille unsrer Feinde. Eine wie geringe Rolle aber die Rücksicht auf Belgien heute in den Rechnungen der Entente spielt, zeigt am deutlichsten ein Zitat aus der amerikanischen Presse, daß der englische Propagandaminister Lord Northcliff in einem seiner Blätter mit begeisterter Zustimmung abdruckt. Die Newyork Times schreibt: Deutschlands Beteuerung, daß es nicht die Absicht habe, Belgien zu behalten, hat weder Interesse noch Wert. Die Alliierten werden Deutschland aus Belgien und Frankreich vertreiben. Hierzu sagt Lord Northcliff (Evening News vom 16. Juli 1918): „Wir sind hocherfreut, eine so klare und kurzgefaßte Stimme aus Amerika zu vernehmen. So soll man sprechen: Deutschland soll vernichtet werden im Sinne der Newyork Times, wir meinen vernichtet durch die blutige und absolut unheilvolle Niederlage auf dem Schlachtfelde, so daß von Deutschland nichts übrig bleibt als die Knochen seiner toten Soldaten in Frankreich und Belgien. Es gibt keinen andern Weg."

So sprechen die Besiegter, die um Belgiens willen das Schwert ergriffen.

Die zweite Anklage Balfours geht gegen

unsre Orientpolitik.

Hat er darüber Worte verloren, daß der Brest-Litowsker Friede zustande kam auf Grund der einen großen Uebereinstimmung zwischen der russischen und der deutschen Regierung, daß die jahrhundertelang unterdrückten Fremdvölker Rußlands das von ihnen erstrebte nationale Eigendasein erhalten sollten. Diese Uebereinstimmung über das Schicksal der Randvölker ist eine weltbedeutende Tatsache, die sich aus der Geschichte nicht mehr auslöschen läßt. Nicht über das Ziel, wohl aber über die Wege, die zu dem Eigendasein der Völker führen sollten, ging die russische und die deutsche Auffassung auseinander. Unsre Auffassung ist noch wie vor, daß der Weg zur Freiheit nicht über Anarchie und Massenmord führen darf. Zwischen der ersten Sprengung der Fesseln und der vollen Selbstbestimmungsfähigkeit der Randvölker liegt ein natürliches Uebergangsstadium. Bis sich die erbvenden Kräfte in den verschiedenen Ländern gesammelt finden, fühlt sich Deutschland zum Schutze dieser Gemeinwesen berufen im eignen, wie im allgemeinen Interesse, wie es denn auch tatsächlich von den nationalen Mehrheiten und nationalen Minderheiten gerufen worden ist.

Der Brest-Litowsker Friede ist ein Rahmen, das Bild, das darin entstehen wird, ist erst in seinen ersten Anfängen entworfen.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, den erbetenen und gegebenen Schutz

nicht zu einer gewaltsamen Annexion zu mißbrauchen,

sondern den bisherigen unterdrückten Völkern den Weg zur Freiheit, Ordnung und gegenseitigen Duldung zu öffnen.

Meine Herren! England hat das Recht verwirkt, moralisch für die russischen Randstaaten in die Schranken zu treten. In ihrer namenlosen Leidenszeit während des Krieges haben sie sich einmal über das andre an England um Unterstützung ihrer Sache gewandt. Sie ist ihnen ständig versagt geblieben. Es gab eine Zeit, in der England das zaristische Rußland schärfer bekämpfte als irgend eine andre Nation. Als aber während des Krieges das zaristische Rußland im eignen Lande unterdrückte, raubte und mordete, da hat England geschwiegen; ja mehr als das, es hat den russischen Tatbestand vor der Welt beschönigt und gefälscht, und so mordete Rußland, dank Englands moralischer Unterstützung, mit einer unerhörten, durch das Gewissen der Welt nicht gehemmten Schwungkraft. Der Hehler darf nicht Richter sein. Das Problem der Fremdvölker, ja das ganze russische Problem, wird von England ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Erleichterung des englischen Krieges betrachtet. Jede Verfassung ist England recht, die Rußland als Kriegsmaschine tauglich erhält, und würde Iwan der Schreckliche auferstehen und Rußland zu neuem Kampfe zusammenschweißen, so würde Rußland den Engländern ein willkommener Bundesgenosse im Kreuzzuge für „Freiheit und Recht" sein. Kann aber Rußland den Krieg gegen Deutschland nicht mehr führen, dann wenigstens ein Bürgerkrieg, damit keine Ruhe an Deutschlands Ostfront entstehen kann. Die Anerkennung der Tschecho-Slowaken, dieser landlosen Räuberbande, als verbündete Macht ist der logische Schlußstein der eigentümlichen Form englischer Russenfreundschaft. Die wirtschaftliche Notlage der von uns besetzten Gebiete ist ohne Zweifel schwer, aber es ist Zynismus, im englischen Munde davon bedauernd zu reden, denn Englands Hungerblockade richtet sich gegen die besetzten Gebiete ebenso, wie sie sich gegen uns richtet, gegen die Neutralen, gegen die ganze Welt.

Balfour bespricht unser Verhältnis zu jedem einzelnen dieser Randstaaten. An erste Stelle setzt er die Behauptung, die deutsche Intervention in Finnland hätte bezweckt, Finnland in deutsche Abhängigkeit zu bringen, mit andern Worten, ein deutsches Portugal zu schaffen. Welche unerhörte Herabwürdigung des finnischen Unabhängigkeitskampfes, der seit Jahrzehnten alle edeldenkenden Freunde Keiner Nationen begeistert hat. Aber Finnland hat, scheint es, alle Sympathien in England verloren, seit es sich durch das englische Vorgehen in Nordrußland bedroht fühlt und von der Verbindung mit der eisfreien Murmanküste nicht abgeschnitten werden will. Ueber unser Verhältnis zu den Ostseeprovinzen, zu Polen und zur Ukraine erhebt Balfour die ungeheuerliche Beschuldigung, wir seien mit diesen Ländern verfahren, sagen wir kurz, wie England mit Griechenland, d. h. wir hätten sie zum aktiven Heeresdienst gegen Deutschlands Feinde gepreßt. Kein einziger Soldat ist zum Heeresdienst aus diesen Ländern für Deutschlands Sache gezwungen worden.

Weiter meine Herren, Balfours Anklagen gegen

die deutsch-rumänische Politik:

Hier ist England in der Rolle des Diebes, der ruft: Haltet den Dieb! Aber das Gedächtnis der Welt ist nicht ganz so kurz! Wer hat Rumänien von seiner gesunden Tradition abgezogen? Glaubt Herr Balfour nicht, daß Rumäniens Schicksal besser gewesen wäre, wenn seine Regierung an der Neutralität festgehalten hätte? Im übrigen, meine Herren, darf ich daran erinnern, daß die rumänische Presse selbst grade in den letzten Tagen gegenüber den Behauptungen Bratianus und seiner Genossen betonte, daß die Wahlen zum Parlament, auf dessen Mehrheit die Regierung sich stützte, ordnungsmäßig und dem Volksempfinden entsprechend, stattgefunden haben, ohne Einwirkung durch die deutsche Regierung.

Ich komme nun zu dem, was

Balfour über die Kolonien

sagt und zitiere ihn wörtlich: „Wir haben unser Gebiet ausgedehnt. Wir haben Deutschlands Kolonien genommen und ich glaube nicht, daß jemand, der Deutschlands koloniale Methoden wirklich studiert hat, überrascht ist, wenn wir sagen, daß die Besserung groß ist." Dann fährt er fort: „Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und dadurch Deutschlands Ueberseebasen auf allen großen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Welthandel zu Deutschlands Verfügung stellen? Deutsche Herrschaft in den Kolonien würde tyrannische Herrschaft über die Eingeborenen bedeuten und die Aufstellung großer schwarzer Armeen in Zentralafrika."

Meine Herren, das heißt mit andren Worten: England erobert ein Land, behauptet es besser regieren zu können als sein rechtmäßiger Besitzer und leitet daraus den Anspruch ab, es zu annektieren. Mit dieser Argumentation könnte man eine englische Monroedoktrin für die Welt erklären. Ich müßte die folgenden Fragen stellen: Weiß der englische Staatssekretär des Auswärtigen nichts von der Dezimierung der farbigen Bevölkerung in den verschiedenen Kolonien Afrikas durch das Vorgehen der Entente? Nichts von dem im Unterhause zugegebenen Zwangsaushebungen in Britisch-Ostafrika, nichts von dem riesigen Arbeiter- und Soldatenheer aus englischen und französischen Kolonien? Hat er sich bei seinen englischen Kollegen vom englischen Kolonialamt erkundigt, was es bedeutet, mit Eingeborenen gegen Eingeborene Krieg zu führen? Hat er eine Ahnung von dem unermeßlichen Schaden für die Kolonisierungssendung aller Kulturvölker, der daraus entstehen muß, daß man Schwarze im Kampfe gegen Weiße verwendet und nach Europa bringt? Zweifelt Herr Balfour ernstlich daran, daß das Schicksal von ganz Afrika besser gewesen wäre, wenn England die Kongoakte nicht mißachtet hätte? Hat er vergessen, daß Deutschland die einzige kriegführende Macht ist, die die Abschaffung des Militarismus in Afrika ausdrücklich unter ihre Kriegsziele aufgenommen hat? Ist Herr Balfour heute bereit, das gleiche für England zu versprechen und mit französischen Methoden und Churchillschen Plänen endgültig zu brechen? Ich erwarte keine Antwort auf diese Fragen. Die Balfoursche Rede sollte nicht der staatsmännischen Aufklärung dienen.

Die Khakiwahlen werfen ihre Schatten.

Die kurze Geschichte unsrer Kolonien zeigt, daß wir weder in Afrika noch in der Südsee aggressive Politik treiben wollten und getrieben haben. Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Uebergewicht. Wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialmächten. Wir wünschen eine Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatze, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihre in der Geschichte bewiesene Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu schützen. Die wirtschaftliche Tüchtigkeit allein ist ein genügender Rechtstitel. Kolonisieren heißt missionieren. Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatze vor dem Kriege zu handeln bestrebt waren, die die Menschheit auch in den Farbigen achteten, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hat sich Deutschland vor dem Kriege erworben. Die Befreiergeste, mit der die Annexion der deutschen Kolonien als ein gutgewolltes Werk plausibel gemacht wird, ist Blasphemie. Es erscheint Balfour als etwas Selbstverständliches, den Raubinstinkt der englischen Imperialisten moralisch zu rechtfertigen. Es ist ihm so selbstverständlich, daß er nicht merkt, wie lächerlich es wirkt, in einem Atem das Streben Deutschlands nach der allgemeinen Vorherrschaft zu brandmarken und für sein Land ein offenes Bekenntnis zur verschleierten Annexionspolitik in Afrika und Asien abzulegen.

Am Schluß der Rede des englischen Staatsministers des Auswärtigen steht der Satz: Der Abgrund zwischen den Zentralmächten und den Alliierten ist so tief, daß er nicht überbrückt werden kann. Herr Balfour kann weiterhin noch für sich in Anspruch nehmen, daß er

diesen Abgrund noch vertieft hat.

Lassen Sie mich ein Zitat aus Kants Schrift zum ewigen Frieden anführen, Worte, die wie ein schwerer Vorwurf auf der ganzen Welt lasten: „Irgend ein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte und die Feindseligkeiten in einen Ausrottungskrieg ausschlagen würden." Sehen Sie, meine Herren,

die Gesinnung des Ausrottungskrieges

zu erhalten, das gerade ist der Zweck solcher Reden, wie die des Herrn Balfour. Irgend wenn muß doch einmal zwischen Volk und Volk so etwas aufkommen, wie eine Regung von Vertrauen, irgend wenn muß sich die vergewaltigte menschliche Natur aufbäumen

gegen jene Irrlehre des Hasses,

die in ihr die tiefinnerste Gemeinsamkeit der Menschen zu ersticken droht. Diese Reaktion fürchtet Balfour, und das ist es gerade, warum er seine Anklagen nicht allein gegen die deutsche Regierung richtet, sondern gegen das deutsche Volk selbst und sein eigenstes Wesen.

Meine Herren! Die psychologische Situation, aus der heraus der britische Staatsmann handelt, ist klar. Die Feinde wollen keinen Frieden durch Verhandlungen. Noch einmal geht eine Welle des Uebermuts durch ihre Völker, wie nach dem Eintritt Italiens, wie nach dem Eintritt Rumäniens, wie nach jedem vorübergehenden politischen oder militärischen Erfolg, und schon sind wieder die alten Kriegsziele bei der Hand, die in den noch nicht gekündigten Geheimverträgen festgelegt sind. Der Ententekrieg geht heute wiederum um Raub und Ruhm. Aus diesem Tatbestande ergibt sich klar

die Schlußfolgerung:

Wir müssen die Balfourische Rede hinnehmen als einen Aufruf an das deutsche Volk, im fünften Kriegsjahre von neuem alle seine Kräfte des Leidens, Kämpfens und Siegens zusammenzuraffen, wie in der großen Erhebung vom August 1914. Eine weitere Schlußfolgerung scheint sich zu ergeben: Sollen wir gefühlsmäßig reagieren, sollen wir uns ebenfalls auf den Boden des Vernichtungswillens, der knock-out-Politik stellen und mit allen Zielen brechen, hinter denen der Gedanke der Völkerversöhnung steht, nur deswegen, weil den Feinden die Grundlage der notwendigen Gesinnung fehlt? Meine Herren! Ich lehne diese Politik ab. Sie wäre die denkbar größte Erleichterung des feindlichen Krieges. Wir würden uns die Gesetze des politischen Handelns vom Gegner diktieren lassen. Lassen wir uns durch Herrn Balfour nicht täuschen.

Balfour wehrt sich mit scharfem Blick gegen eine drohende, wenn auch noch weit entfernte Friedensmöglichkeit. Wenn die feindlichen Diplomaten vor dem Kriege so wachsam sich gegen den drohenden Krieg gewehrt hätten, wie heute gegen den drohenden Frieden, weiß Gott, meine Herren, dann hätte es keinen Weltkrieg gegeben. In allen Ländern gibt es heute Gruppen von Menschen, die man

als Zentren des europäischen Gewissens

bezeichnen kann. Denken Sie nicht an einzelne Namen, weder bei uns noch im Feindesland. In diesen Zentren regt sich so etwas wie eine Erkenntnis, daß der Weg ins Freie nur gefunden werden kann, wenn die kriegführenden Nationen

zu dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Aufgaben

zurückerwachen. Wie vermeiden wir künftige Kriege? Wie erzielen wir die Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem neuen Kriege? Wie stellen wir die Nichtkombattanten sicher? Wie ersparen wir den neutralen Staaten in Zukunft, daß sie für ihre Friedfertigkeit büßen müssen? Wie schützen wir nationale Minderheiten? Wie regeln wir unsre gemeinsame Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Rassen dieser Welt? Das, meine Herren, sind

alles brennende Menschheitsfragen.

Hinter ihnen steht die Stimmung von Millionen, hinter ihnen steht unsägliches Leid, stehen unerhörte Erlebnisse. Gerade unter den Kämpfern, unter denen, die gefallen sind in allen Ländern, unter denen, die Kraft, Gesundheit oder Lebensfreude verloren haben, hat es Tausende gegeben, Tausende, denen das Opfer leicht fiel, weil sie den Glauben nicht verloren hatten, daß aus dem angesammelten Leid, aus all der Not und Qual eine bessere Welt erstehen würde, die ihren Kindern und Enkeln Ruhe und Sicherheit, den Völkern aber untereinander den guten Willen verbürgt. Meine Herren, der Siegeszug dieser gemeinsamen Ziele ist sicher. Herr Balfour kann ihn hinausschieben, aber er kann ihn nicht verhindern.

Das englisch-französische Militärabkommen vor dem Kriege.

Aus Berlin wird durch das W. T.-B. folgendes bekanntgegeben:

Also doch! Beweis für ein Militärabkommen zwischen England und Frankreich vor dem Kriege. Für die Moral der kleinen Nationen, insbesondere für das überfallene und geknechtete Belgien ist England in den Krieg gezogen. — Es heißt es seit nunmehr vier Kriegsjahren in jeder Rede englischer Staatsmänner. Daß ein Militärabkommen mit Frankreich bestanden hat, das England verpflichtete, am Kriege teilzunehmen, ist von seinen Staatsmännern bisher stets auf das entschiedenste geleugnet worden. — Nun hat aber der Blockademinister Lord Robert Cecil gelegentlich einer mündlichen Antwort im Unterhause, wie aus Official Report of the Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. 107, Nr. 66, Seite 660, hervorgeht, am 24. Juli Mitteilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß dieser Vertrag einer militärischen Hilfeleistung zwischen Frankreich und England tatsächlich bestanden hat. Dem Blockademinister ist dieser Vertrag etwas so Selbstverständliches gewesen, daß ihm diese Bemerkung gelegentlich der mündlichen Antwort im Unterhause entschlüpft ist, ohne sich darüber klar zu sein, daß damit das ganze von England mühsam aufgebaute Lügenhaus vom Schutz der belgischen Neutralität zusammenstürzt. Ja, Cecil ist in seinen Erklärungen sogar noch weiter gegangen, indem er hinzufügte, daß der Vertrag ohne Austausch von Ratifikationen wirksam wurde (becomes operative without ratifications). — Das deutsche Volk und mit ihm die meisten Neutralen haben in Wirklichkeit niemals an dem Bestehen dieses Abkommens gezweifelt. Nach dieser Erklärung des Blockadeministers ist nunmehr unumstößlicher Beweis geworden, was früher nur Ueberzeugung war, daß nicht der Scheingrund der Verletzung der belgischen Neutralität England in diesen Krieg getrieben hat, sondern das Militärabkommen mit Frankreich, auf Grund dessen es zur Hilfeleistung an Frankreich verpflichtet war.

Deutschland, Oesterreich und die Polen.

Es bestätigt sich, daß entgegen dem ersten Eindruck über das Ergebnis der Kaiserbegegnung im Großen Hauptquartier eine definitive Regelung der polnischen Frage nicht erfolgt ist. Graf Burian hat in einem Interview erklärt, ein Eingehen in Einzelfragen sei nicht möglich gewesen und nur ein Kalendarium für weitere Verhandlungen geschaffen worden. Der Wiener Korrespondent des Berliner Tageblatts erfährt, daß das österreichische Ministerium des Aeußern an der austropolnischen Lösung festhalte, ohne andre Möglichkeiten absolut auszuschließen. Die Kandidatur des Erzherzogs Karl Stephan werde in Wien nicht abgelehnt, habe aber zur Voraussetzung, daß durch den Verzicht auf die austropolnische Lösung keine Lostrennungsbestrebungen in Galizien entstehen. Die galizischen Polen müßten darum erst gehört werden. Offenbar hat auch die Reise des Prinzen Janusz Radziwill nach Wien eine Verständigung zwischen den Warschauer und Krakauer Polen zum Zwecke.

Die Vossische Zeitung schätzt die österreichischen Widerstände offensichtlich nicht allzu hoch ein, denn sie meldet, daß die polnische Königswahl bereits am 2. September stattfinden solle. Man erfährt weiter, daß Deutschland sich geneigt zeige, alle polnischen Forderungen anzunehmen. Die westliche Landesgrenze bleibe wie bisher; die Frage der Ostgrenze bleibe offen, da Deutschland seine Uninteressiertheit in inneren Fragen erklärt hat. Damit würde auch die Berliner Meldung übereinstimmen, daß Deutschland auf „Grenzsicherungen" auf Polens Kosten verzichte. Es ist bekannt, daß einflußreiche Kreise in Berlin immer der Ansicht gewesen sind, Deutschland könne aus strategischen Gründen auf die Annexion polnischer Grenzgebiete nur dann verzichten, wenn Polen ein selbständiger, nicht durch Personal- oder Realunion mit Oesterreich-Ungarn verbundener Staat wird. Aber wieviel Wahrheit immer diese Berliner Meldungen enthalten mögen, das Wichtigste für den Augenblick bleibt der Entschluß, daß die polnische Nation selbst zur Entscheidung über ihre Zukunft berufen werden soll. Es kommt nun alles darauf an, wie das geschehen soll.

Vor allem: wer soll im Namen der polnischen Nation die Entscheidung fällen? Der Staatsrat, der gegenwärtig in Warschau tagt, ist zur Hälfte aus ernannten Mitgliedern, zur andren Hälfte aus Vertretern der Kreistage zusammengesetzt. Er ist im Wesen eine Vertretung der Kirche, des Adels und der Bourgeoisie. Die Bauernschaft ist in ihm nur schwach, die Arbeiterschaft gar nicht vertreten. Es ist also klar, daß diese Körperschaft eine polnische Volksvertretung nicht ersetzen kann. Wohl aber liegt diesem Staatsrat der Entwurf eines Wahlgesetzes für den polnischen Landtag vor. Nach diesem Entwurf soll der Landtag aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgehen. Nur ein solcher Landtag kann berufen sein, die Verfassung des künftigen polnischen Staates festzusetzen. Und erst wenn sich ein solcher Landtag für die monarchische Staatsverfassung entscheidet, kann er dann zur Königswahl schreiten. Nur wenn man in dieser Weise verfährt, kann man wirklich sagen, daß die polnische Nation selbst über ihre staatliche Zukunft entschieden habe. Und das muß schon im Interesse der zukünftigen polnischen Entwicklung gefordert werden. Die Völker der Zentralmächte können keine neuen Unruheherde an ihren Grenzen brauchen.

Polnische „Mindestforderungen".

Wien, 20. August. (Priv.-T.) Die Neue Freie Presse meldet aus Krakau: Einer Warschauer Meldung zufolge werden in informierten Warschauer Kreisen als sogenannte Mindestforderungen, die den Ausgangspunkt der Verhandlungen zwischen dem Prinzen Radziwill und dem deutschen Hauptquartier bilden, genannt:

Sicherungen der Erhaltung der jetzigen Westgrenze Polens. Anerkennung der Buglinie als Grenze im Osten. Abtretung von gewissen litauischen Territorien an Polen gegen eventuelle Abtretung von drei Bezirken im Gouvernement Suwalki an Litauen, der Zugang zur Ostsee durch Neutralisierung des Weichselkorridors, sowie die entlang dieses Korridors führenden Eisenbahnlinie, sowie die Anerkennung Danzigs als Freihafen, die Uebergabe der Zivilverwaltung und des Finanzwesens an die polnischen Behörden, die sofortige Hebung der polnischen Wehrmacht auf eine Stärke von 200 000 Mann, und nach ihrer Umbildung in Kadres die sofortige Einberufung des [illegible] Jahrganges.